

Informationen für Katholiken zur Gemeinderatswahl in NÖ

Schaut man sich derzeit die Stellungnahmen offizieller kirchlicher Stellen zur Politik, zur FPÖ und zu den aktuellen Regierungsverhandlungen an, wird klar, daß die kirchlichen Strukturen klar auf der Seite des linken und globalistischen Zeitgeistes stehen. Manche Aussagen kirchlicher Funktionäre und akademischer Theologen sind geradezu schreiend absurd. Aber sie berufen sich in ihrem Auftreten zumindest einschlußweise auf die Autorität der Kirche. Mit anderen Worten: Die Bischöfe und ihre Apparate haben sich zu Handlangern der Mächtigen gemacht. Diese aber betreiben eine desaströse Politik.

Selbstverständlich ist niemand im Gewissen verpflichtet, diesem Unsinn zu folgen.

Meiner Beobachtung nach hat sich die FPÖ als derzeit einzige für Katholiken und Menschen guten Willens wählbare Partei positioniert. Dazu einige Punkte, die auch Entgegnungen auf mögliche Einwände sind.

Historische Weichenstellungen und die Gegenwart

Was auch immer die historischen Vorläufer und Ideengeber des „Dritten Lagers“, mithin der jetzigen FPÖ, gesagt und getan haben, so ist zu beachten, daß wir im Hier und Jetzt zu entscheiden haben. Viele ideologische Weichenstellungen der Geschichte, vor allem der massive Antiklerikalismus der Burschenschaften, spielen heute zudem in der konkreten Arbeit freiheitlicher Politiker keine erkennbare Rolle.

Im Gegensatz zu manchen Strömungen des historischen Deutschnationalismus (etwa im „Vormärz“ oder in den 1930er Jahren) ist die FPÖ heute eine österreichisch-patriotische Partei und setzt sich für Freiheit und Selbstbestimmung ein. (Nach Meinung mancher ist sie allerdings bei der Frage eines allfälligen Austritts aus EU, WHO und anderen internationalen Gebilden zu zögerlich.)

Was die Orientierung von FPÖ-Politikern am christlichen Glauben betrifft, so gibt es nicht viele explizite Beispiele, andererseits ist man am Gespräch mit Gläubigen durchaus interessiert (vgl. etwa entsprechende Beiträge im *Attersee Report*). Etliche Politiker und Funktionäre erweisen sich als durchaus offen und interessiert. Zuletzt ist besonders die durchaus erfreuliche Stellungnahme von Parteiohmann Herbert Kickl bei der Weihnachtsfeier für die Einsamen am 24. Dezember hervorzuheben. Sein Büroleiter, der Klubobmann des freiheitlichen Landtagsklubs in NÖ, Reinhard Teufel, ist nach Medienangaben sonntäglicher Kirchgänger.

Auf der lokalen Ebene gibt es gläubige Katholiken, die sich in der FPÖ engagieren, wie ich von zahlreichen Gesprächen weiß. Ein katholischer FPÖ-Gemeinderatskandidat sprach im Herbst 2024 davon, daß Katholiken in die Partei „hineinströmen“ würden.

Bevölkerungsaustausch und Remigration

Weder das natürliche Sittengesetz noch das göttliche positive Gesetz verpflichten ein Volk oder einen Staat, sich umvolken lassen zu müssen. Das muß aber in unserer verrückten Zeit extra betont werden.

Der *Katechismus der Katholischen Kirche* (1993), dessen Redaktionssekretär Kardinal Schönborn war, lehrt in §2241:

„Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, so weit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen.“

Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Bedingungen unterstellen und verlangen, daß die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mitzutragen.“

Es ist also auch seitens des beständigen kirchlichen Lehramtes keine Rede von einem „No Border – No Nation“, „Kein Mensch ist illegal“, „unbeschränktes Recht auf Migration“ u. dgl. Es ist auch keine Rede davon, die Hoheit über die eigenen Grenzen an EU, UNO oder sonst eine übergeordnete Entität übertragen zu müssen.

Der ehemalige Nuntius von Papst Benedikt XVI. in den USA, Erzbischof Carlo Maria Viganò, sagte vor kurzem u. a. (nach Lifesitenews <https://www.lifesitenews.com/opinion/archbishop-vigano-cardinal-mcelroy-aligned-with-un-2030-agenda-lgbt-vaccines/>, eigene Übersetzung):

„Die ‚Massenabschiebung‘ von illegalen Immigranten ist eine Entscheidung, die der Staat legitimerweise treffen kann, und das ist ein Prinzip, das vom Naturrecht vorgegeben ist, noch vor dem positiven zivilen Gesetz oder dem kanonischen Recht. Im Gegenzug ist die ‚Massenabschiebung‘ von illegalen Immigranten sicherlich und fraglos inkompatibel mit dem Netzwerk von pseudo-karitativen Organisationen in den Händen der Bergoglianischen Hierarchie, der Demokratischen Partei und den George Soros zuzurechnenden Nichtregierungsorganisationen, und mit dem System der Komplizenschaft zwischen dem Tiefen Staat und der Tiefen Kirche, die beide aktiv engagiert sind in der Auflösung des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Gewebes der Nationen, in denen sie die Kontrolle der Institutionen erlangten. Eine Beendigung der illegalen Immigration würde für sie einen Verlust einer unerschöpflichen Quelle an Profit, für den der Steuerzahler aufkommen muß, bedeuten. Die ‚Massenabschiebung‘ von illegalen Immigranten ist sicherlich und fraglos inkompatibel mit dem subversiven Plan des ethnischen Austausches, wie er von der globalistischen Elite betrieben wird, denn diese würde ihn vereiteln und die Schaffung des Vorwandes für gesellschaftliche Revolten verhindern, die bewußt für die Einführung weiterer Beschränkungen fundamentaler Rechte geplant sind.“

Daß eine von der FPÖ geführte Regierung am ehesten willens und in der Lage sein wird, den rasanten Bevölkerungsaustausch in Österreich zu stoppen und damit den inneren Frieden und das Wohl der Bürger zu schützen, sollte allen Katholiken und Menschen guten Willens klar bewußt sein.

In diesem Zusammenhang ist an die von den anderen Parteien, der Caritas und den Medien so hysterisch hochgekochte Politik des FPÖ-Landesrates Gottfried Waldhäusl zu erinnern. Die künstlich geschürte Hysterie sollte die schlimme Realität rund um den Massenzug von Menschen, meist jungen Männern, aus allen möglichen Ländern verdecken.

Familienpolitik und Lebensschutz

Im Gegensatz zu den anderen Parlamentsparteien tritt die FPÖ am meisten für den Schutz der Familie gegenüber der Homosexuellen- und Genderpropaganda ein. Leider wehrte sich die FPÖ, als sie von 2017 bis 2019 in der Regierung war, zu wenig gegen die von einem Gericht erzwungene Einführung des Greuels einer „gleichgeschlechtlichen Ehe“. Analoges muß man zur Frage der Abtreibung sagen. Es gibt gute Aussagen von FPÖ-Parlamentariern zu Abtreibung und Lebensschutz, so von Familiensprecherin NRAbg. Rosa Ecker und NRAbg. Wolfgang Zanger. Wie auch beim Schutz von Ehe und Familie wäre auch auf diesem Sektor mehr Einsatz wünschenswert.

Polizeipolitik

Ein Schlaglicht: Als Herbert Kickl Innenminister war, konnte der „Marsch für die Familie“ (mit Weihbischof Andreas Laun †, Chorepiskopos Emanuel Aydin, Prof. Heinrich Wohlmeyer u. a.) ungestört durchgeführt werden (Juni 2018). Er beauftragte die Polizei, die gewaltbereiten linken Störer in großer Distanz zum Marsch zu halten. Sein damaliger Kabinettschef, der schon genannte Reinhard Teufel, leistete hier ganze Arbeit. Als die ÖVP wieder das Innenministerium übernahm, wurden die Störer wieder gefährlich nahe herangelassen. So ging es bis 2023 weiter.

Corona-Politik

Ernstzunehmende Stimmen sagen, daß die Corona-„Pandemie“ ein Probelauf für globalistische Machinationen gewesen sei. Angesichts der im Jänner 2020 schnell einsetzenden, international gleichgeschalteten Propaganda („Wording“) und der ab März verhängten, unsäglichen „Maßnahmen“ muß man diesen Eindruck gewinnen.

Da die ungarische Regierung nach meinen Informationen das Auftreten des Wuhan-Virus als B-Waffeneinsatz interpretierte, müssen wohl auch andere Regierungen um die (nach damaligem Kenntnisstand) höchstwahrscheinlich künstliche Entstehung dieses Virus gewußt haben. Hätte man das damals kommuniziert, so wäre viel Druck herausgenommen worden. In einer echten Katastrophensituation ruft zudem der Verantwortungsträger immer zur Ruhe auf. In der „Pandemie“ wurde schändlicherweise künstlich Panik erzeugt.

Es sollte der Boden für die Verbreitung der „Impfung“, die offensichtlich lange im voraus geplant war, aufbereitet werden. Nachdem sich die FPÖ anfänglich von der künstlichen Panik überrumpeln hatte lassen und ihrerseits überschießende und extreme Maßnahmen gefordert hatte, setzte sie ab etwa Herbst 2020 als einzige Parlamentspartei für eine Deeskalation ein. Als einzige Fraktion stimmte sie geschlossen gegen den fatalen und verbrecherischen Impfwang im Nationalrat. Viele Todesfälle stehen im Zusammenhang mit dieser Impfung.

Diese Vorgänge sollten nicht vergessen werden. Eine strafrechtliche Aufarbeitung steht noch aus.

Resümee

Lokalpolitiker können manche schädliche Politik auf ihrer Entscheidungsebene mehr oder weniger entschärfen. Insofern ist eine Gemeinderatswahl selbstverständlich nicht unbedeutend, auch wenn die große Politik ganz woanders – und in den letzten Jahrzehnten gegen die Interessen der europäischen Völker – gemacht wird. Von Naturrecht und gesundem Menschenverstand her ist derzeit die FPÖ die einzige Partei für Menschen guten Willens, auch für Katholiken.

Daß die explizit christliche Ausrichtung der Partei noch ausbaufähig ist, stimmt zweifellos. Angesichts des realen Zustandes der kirchlichen Hierarchie und ihrer Apparate in Österreich (und darüber hinaus) wird sich das derzeit aber nur schwer argumentieren bzw. umsetzen lassen.

Was die persönliche Lebensführung betrifft, so ist jeder für sein ewiges Heil letztlich selbst verantwortlich, ob Politiker oder Privatperson.

Jedenfalls ist die Politik der FPÖ als ganze bei weitem mehr gottgefällig als die der angeblich „christlich-sozialen“ Volkspartei, von Linken und Marxisten aller Couleurs ganz zu schweigen.

Für *Vita et veritas* <https://www.vita-et-veritas.com/>,

MMag. Wolfram Schrems

(10.01.2025)